



Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 7/2015

# Das Amerika, das wir brauchen

von *Michael Rühle*

**Nach wie vor hat Amerika-Bashing oder der Glaube an die These von der vermeintlichen sicherheitspolitischen Inkompatibilität der EU mit den USA ungebrochene Konjunktur. Damit blendet man jedoch das Erreichte aus und verkennt, dass Europa auf absehbare Zeit der bevorzugte strategische Partner der Vereinigten Staaten bleiben wird. Um unter diesen Vorzeichen gemeinsam erfolgreich zu handeln, sollte Europa die Rahmenbedingungen der US-Sicherheitspolitik anerkennen und das amerikanische Selbstverständnis ernst nehmen, um zu einer realistischen Grundlage der transatlantischen Zusammenarbeit zu kommen.**

Anfang Oktober 2015 veröffentlichte die „Neue Zürcher Zeitung“ einen, im September gehaltenen, Vortrag des deutschen Philosophen Peter Sloterdijk zum transatlantischen Verhältnis, der es in sich hatte.<sup>1</sup> Sloterdijk warf den USA vor, nach dem Zweiten Weltkrieg einen 70-jährigen Krieg begonnen zu haben, während dessen die „effektive Tötungsleistung der US-Truppen und der CIA-Agenturen in rund einhundert Kriegen und ‚Operationen‘ in einer Größenordnung zwischen 10 und 13 Millionen Opfern anzusetzen“ sei, und „den seine Betreiber und Profiteure zurzeit für noch weniger beendbar halten als je zuvor“. Denn mit dem 2001 geschaffenen neuen Such-Bild „Terror“ hätten die USA eine weitere „Feindwahl“ getroffen, durch die die Fortsetzung dieses Krieges sichergestellt sei. Unter dem Schutz der gewalttätigen USA sonne sich Europa hingegen in seiner Friedfertigkeit. Der Faktor Gewalt sei aus der Weltansicht der Westeuropäer „weitgehend gelöscht“. Worum auch immer es im transatlantischen Verhältnis ginge, so Sloterdijk, man habe es „letztlich immer zu tun mit dem fundamentalen Temperaments- und Wertsetzungsunterschied zwischen einer unresignierten, täglich einsatzbereiten, stündlich zuschlagenden Militärkultur und einer Koalition von pazifistischen Freizeitpopulationen, die sich unter dem Klubnamen EU zur Optimierung ihrer Konsumansprüche zusammengeschlossen haben.“

Man könnte den verbalen Amoklauf Sloterdijks einfach als Musterbeispiel dafür abtun, wie wenig Philosophen von der Welt verstehen, die zu erklären sie vorgeben. Ausgerechnet Europa, das jahrhundertlang Kriege führte und dessen Kolonialpolitik uns viele der aktuellen Probleme in Afrika und im Nahen Osten beschert hat, wird bei Sloterdijk zu einem Haufen verlogener Pazifisten, die die USA als Auftragskiller beschäftigen, um sich nicht selbst die Hände schmutzig machen zu müssen. Und ausgerechnet Deutschland, dem die Welt die beiden größten Kriege des 20. Jahrhunderts und den Holocaust verdankt, darf sich angesichts amerikanischer Verfehlungen endlich weniger schuldig fühlen. Wäre da nicht die selbstverliebte

---

<sup>1</sup> Peter Sloterdijk, Die USA führen einen hundertjährigen Krieg – und Europa schaut zu, NZZ Online, 5. Oktober 2015

Sprache, könnte man das Ganze für einen Stammtischmonolog irgendwo aus der deutschen Provinz halten.<sup>2</sup>

Dennoch lohnt es sich, die zentrale These Sloterdijks näher zu untersuchen. Denn die von ihm kritisierte „Abhängigkeit des Friedfertigen vom Schlagfertigen“ ist letztlich nur die Zuspitzung einer These, die spätestens seit der George-W.-Bush-Administration von zahlreichen Europäern vertreten wird, und die letztlich in der Feststellung gipfelt, Amerika und Europa seien nicht mehr kompatibel – weder weltanschaulich, kulturell noch politisch. Auch der einstige Hoffnungsträger Barack Obama, von dem sich viele Europäer eine konziliantere Außen- und Sicherheitspolitik erhofft hatten, vermochte diesen Eindruck nicht zu widerlegen: Sein Drohnenkrieg, das nie wahrgemachte Versprechen, Guantanamo zu schließen, der NSA-Abhörskandal und das faktische Scheitern der mit viel Pomp angekündigten nuklearen Abrüstungsagenda haben einige Beobachter sogar zu der Forderung verleitet, Obama möge den ihm 2009 gleichsam als Vertrauensvorschuss verliehenen Friedensnobelpreis wieder zurückgeben. Gehen Amerika und Europa also künftig getrennte Wege? Hier die „Kultur des Rechts“, dort die „Kultur der Macht“? Oder, wie es ein scharfsinniger britischer Diplomat formulierte, hier Grotius, dort Hobbes? Ist folglich auch in der Sicherheitspolitik der Kulturbruch mit Amerika unausweichlich?

Doch wieder einmal sagt die Kritik mehr über die Kritiker aus als über die Politik Amerikas. Europäische Hoffnungen, dass ein Nobelpreis die globale nukleare Abrüstung beschleunigen hilft oder dass die USA unter Obama militärischen Interventionen entsagen würden, zeigen vor allem eines: eine schier grenzenlose politische Naivität. Vor allem aber: Das Amerika, das sich manche wünschen, ist nicht das Amerika, das die Welt braucht. In einem internationalen Sicherheitsumfeld, in dem der russische Militarismus wieder aufkeimt, zahlreiche Staaten im Nahen Osten und Nordafrika vor dem gewaltsamen Zerfall stehen, und in Asien ein neuer Rüstungswettlauf begonnen hat, bleiben die USA die unersetzliche Ordnungsmacht. Und es ist gerade der – von Sloterdijk auf einen primitiven Tötungsreflex reduzierte – amerikanische „Exzeptionalismus“, der es den Vereinigten Staaten erlaubt, diese Ordnungsfunktion auch durchzuhalten. Wer transatlantische Sicherheitspolitik gestalten will, muss sich daher zuerst und vor allem mit dem amerikanischen Selbstverständnis beschäftigen. Nur dann werden die Europäer gegen Enttäuschungen gefeit sein – und der Versuchung entgehen, Amerika die Unfähigkeit zur Zusammenarbeit zu attestieren.<sup>3</sup>

### **Spezifische Unterschiede zwischen amerikanischer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik**

Ein Schlüssel zum Verständnis amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik ist und bleibt die Geographie. Die Insellage gestattete es den Amerikanern lange Zeit, ihr Selbstverständnis als eine der europäischen Realpolitik abgewandten „Stadt auf dem Berg“ zu kultivieren. Anders als in Europa, wo Sicherheit stets relativ war, bedurften die USA weder großer stehender Heere noch einer komplizierten Außenpolitik, um ihre physische Unversehrtheit zu garantieren. Im Zeitalter der Interkontinentalraketen ist Amerika zwar längst nicht mehr unverwundbar. Doch die lange geographische Abgeschiedenheit wirkt noch immer nach. Noch immer fällt es den amerikanischen Eliten schwer, einem wenig interessierten Kongress und einer noch weniger interessierten Öffentlichkeit komplexe außenpolitische Sachverhalte zu vermitteln. Man greift daher immer wieder zum Mittel der Moralisierung der eigenen Ziele sowie der Dämonisierung von Gegnern („Schurkenstaaten“, „Achse des Bösen“).

---

<sup>2</sup> In seiner anti-amerikanischen Philippika, in der er sogar den Abgas-Betrug von Volkswagen den USA in die Schuhe zu schieben versucht, bedient sich Sloterdijk auch einer Sprache, die deutliche rechtsnationalistische Untertöne aufweist. Das Herunterspielen des Zweiten Weltkriegs, die Kritik an der EU als „unterwürfig“ sowie das Zitieren ausgerechnet der Philosophen Martin Heidegger und Carl Schmitt sind jedenfalls klassische Versatzstücke aus dem Repertoire deutschnationaler Verschwörungstheoretiker.

<sup>3</sup> Vgl. Michael Rühle, Amerika und Europa: Von der Notwendigkeit, einander gelegentlich zu enttäuschen, Die Politische Meinung Nr. 394, September 2002; ders., Die Luftbrücke trägt nicht mehr. Wegweiser zu einem neuen Atlantizismus in der Sicherheitspolitik, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 2004; ders., Mehr Einsatz, bitte, Süddeutsche Zeitung, 28. September 2015.

Was bei den Europäern Unbehagen und den Vorwurf einer zu simplen Weltsicht hervorruft, hat aber durchaus Methode. Mag Außenpolitik auch kontrovers diskutiert werden, eine robuste „national defense“, einschließlich eines hohen Verteidigungsetats, kann sich einer breiten öffentlichen Zustimmung sicher sein. Es sollte daher nicht überraschen, wenn außenpolitische Fragen als sicherheitspolitische Fragen deklariert werden, um so einen tragfähigen politischen Konsens herzustellen.

Diese Außen- und Sicherheitspolitik reflektiert nicht nur das Selbstverständnis einer Supermacht, sie kann auch auf eine grundsätzlich positive Selbsteinschätzung gründen. Natürlich hat auch Amerika seine historischen Traumata durchlebt. Doch selbst der Vietnamkrieg hat es nicht vermocht, den amerikanischen Exzeptionalismus nachhaltig zu erschüttern. Die Mythen der amerikanischen Geschichte wirken noch immer identitätsstiftend. Mit der europäischen Selbsteinschätzung verhält es sich dagegen gänzlich anders. Die latente Furcht vor der eigenen selbsterstörerischen Vergangenheit lässt selbst große historische Erfolge wie die Währungsunion als eine bewusste Selbstbindung erscheinen, um den Rückfall in frühere Verhaltensmuster auszuschließen. Stark vereinfacht: Amerika ist stolz auf seine Geschichte, Europa steht seiner eigenen Geschichte bestenfalls ambivalent gegenüber. Diese Unterschiede sind gravierend – auch und gerade für das Selbstbewusstsein, mit dem Europa und Amerika Außen- und Sicherheitspolitik betreiben.

Für die USA ist Sicherheitspolitik traditionell Weltpolitik. Für Europa hingegen bleibt Sicherheitspolitik – von einigen postkolonialen Verwicklungen abgesehen – nach wie vor europäisch zentriert. Auch militärische Einsätze fernab von Europa, wie etwa in Afghanistan, haben daran kaum etwas geändert. Unterschiedliche Einschätzungen globaler Entwicklungen sind daher vorprogrammiert. Am Beispiel Asien wird dies besonders deutlich. Die Vereinigten Staaten sind sowohl atlantische als auch pazifische Macht, mit zahlreichen Verbündeten in beiden Regionen. Für die USA ist China zugleich Wirtschaftspartner und potentieller militärischer Rivale. Für Europa hingegen, das keine sicherheitspolitischen Interessen in Asien hat, ist China lediglich ein vielversprechender Markt. Kein Wunder also, dass amerikanische Warnungen vor chinesischem Großmachtstreben bei vielen Europäern auf Unverständnis stoßen.

Mehr noch. Anders als Europa, das sich – etwas voreilig – oft als modernes, post-nationales Projekt anpreist, bleiben die Vereinigten Staaten ein klassischer Nationalstaat mit einer ausgeprägten nationalen Identität. Und ebenfalls anders als Europa, dessen Gesellschaften sich trotz der wachsender Zahl europäisch geführter Militäreinsätze eher „post-heroisch“ verstehen, blieben die USA im Kern eine „heroische“, Gemeinschaft – bereit, militärische Macht zur Verfolgung von moralisch höherwertigen Zielen einzusetzen und dafür Opfer zu bringen. Schließlich – und dies unterscheidet die USA von anderen großen Nationalstaaten wie China, Indien oder Russland – besitzt Amerika auch den unerschütterlichen Willen, die Rolle der globalen Ordnungsmacht zu spielen. Anders als andere Großmächte, die sich eher defensiv auf die Wahrung der eigenen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen orientieren, in denen keine umfassende Debatte über Werte, Moral und Außenpolitik stattfindet, und deren Weltordnungsambitionen sich meist nur im Blockieren amerikanisch-westlicher Vorstellungen äußert, sehen sich die USA in der globalen Verantwortung als Produzent des „öffentlichen Guts“ Sicherheit. Nationale Mythen, realpolitische Interessen und globale Erwartungen an die „American leadership“ gehen hier eine Symbiose ein, die man nirgendwo sonst findet.

Unterschiede zwischen den USA und Europa offenbaren sich auch bei der Art und Weise, wie über konkrete militärische Fragen nachgedacht wird. Amerika führt eine äußerst offene – und daher manchmal undiplomatisch anmutende – Diskussion über künftige Konfliktszenarien und über die Frage, welche Streitkräfte zur Durchsetzung welcher nationalen Interessen gebraucht werden. Europa ist für eine solche Debatte noch nicht bereit. Man konzentriert sich stattdessen auf prozessuale Fragen des Aufbaus europäischer militärischer Fähigkeiten und entsprechender neuer politisch-militärischer Institutionen. Dieser Ansatz ist umso zwingender, als sich die stete Forderung der Amerikaner nach deutlich höheren europäischen Verteidigungshaushalten wohl kaum erfüllen lässt. Denn anders als in den USA, wo ein kulturell tief verwurzeltes Misstrauen in die Obrigkeit die Zuständigkeit Washingtons im Wesentlichen auf Außen- und Verteidi-

gungspolitik begrenzt, haben die Regierungen in den europäischen Sozialstaaten einen umfassenden Steuerungs- und Leistungsauftrag über weite Bereiche des Lebens ihrer Bürger übernommen. Weitaus stärker als in den USA konkurrieren in Europa daher die Verteidigungs- mit den Sozialhaushalten – und verlieren zu meist diese Konkurrenz.

Die USA bleiben nicht nur auf Jahrzehnte hinaus die militärisch stärkste Macht, sie haben zudem durch ihre Bündnissysteme eine militärische Integrations- und politische Vertrauensdichte mit gleichgesinnten Staaten erreicht, die keine andere Gruppierung in den nächsten Jahrzehnten erreichen wird. Inzwischen zeigt sich auch wieder einmal, dass nicht nur in Asien die „Pax Americana“ ein unersetzlicher Stabilitätsfaktor bleibt. Wenn die durch den unerklärten Krieg Russlands gegen die Ukraine nervös gewordenen mittelosteuropäischen NATO-Staaten eine glaubwürdige militärische Rückversicherung einfordern, so geht es ihnen in erster Linie um eine größere militärische Präsenz der USA. Im Nahen Osten ist die Lage ähnlich. Hier hatte die Obama-Administration unter dem Eindruck der massiven Probleme im Irak zwar zunächst versucht, ihr Engagement herunterzufahren, gelungen ist es ihr jedoch nie – ebenso wenig wie in Afghanistan. Im Gegenteil. Das russische Eingreifen in den Syrienkonflikt zeigt vielmehr, was geschieht, wenn Amerika seine Ordnungsrolle nicht vorbehaltlos spielt: Ein Machtvakuum tut sich auf, das andere auszufüllen versuchen. Am Ende aber wird sich einmal mehr zeigen, dass nur die Vereinigten Staaten die einzige allseits akzeptierte externe Ordnungsmacht in dieser Region sind. Denn keiner anderen Großmacht traut man letztendlich zu, Führung in einer Weise zu praktizieren, die mit dem aufgeklärten Eigeninteresse der Geführten im Einklang steht.

### **Schlussfolgerungen für das transatlantische Verhältnis**

Aus all diesen Unterschieden wird deutlich, weshalb transatlantische Sicherheitspolitik auch künftig das Management von Asymmetrie sein wird. Das amerikanische Selbstverständnis als globale Führungsmacht, die Bereitschaft zu hohen Verteidigungsausgaben, und ein sich trotz mancher Phasen des Selbstzweifels immer wieder Bahn brechender Zukunftsoptimismus zeugen von einer einzigartigen Dynamik, wie sie nur die Vereinigten Staaten hervorbringen können. Der Glaube, eine Europäische Union mit 28 Nationalstaaten könne durch den Aufbau einer „europäischen Armee“ oder ähnlicher Projekte auf Augenhöhe mit den USA gelangen, gehört zu den europäischen Illusionen, die nur in Enttäuschung enden können. Eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den USA und Europa, wie sie sich im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen abzeichnet, lässt sich im Bereich der Sicherheitspolitik auf absehbare Zeit nicht erreichen.

Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, Europa und die USA seien sicherheitspolitisch nicht mehr kompatibel, wäre gänzlich verfehlt. Gegen diese Annahme sprechen nicht nur fast sieben Jahrzehnte erfolgreicher sicherheitspolitischer Zusammenarbeit im Rahmen der NATO. Dagegen spricht auch, dass Europa für Amerika nach wie vor der bevorzugte strategische Partner bleibt. Allen Beschwörungen des „Asian pivot“ zum Trotz: Nur in Europa finden die USA ein politisches Milieu vor, das nahezu vorbehaltlos auf die Kooperation mit Amerika ausgerichtet ist, während Washington es anderswo mit einer Vielzahl schwieriger und unberechenbarer bilateraler Beziehungen zu tun hat. Und auch die Kombination von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft spricht dafür, dass beide Kontinente einander näher bleiben werden als andere.

Fazit: Die von Sloterdijk offen geforderte – und von manchen insgeheim erhoffte – transatlantische Scheidung wird nicht stattfinden. Denn selbst unabhängig davon, ob Europa sein Zaudern hinsichtlich der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) aufgibt, bleiben Europa und die USA enger miteinander verflochten als alle anderen Kontinente. Allerdings wird die transatlantische Zusammenarbeit – auch und gerade in der Sicherheitspolitik – nur dann gegen Enttäuschungen gefeit sein, wenn man um die Unterschiede zwischen Amerika und Europa weiß. Die rituellen Hinweise auf Care-Pakete, die Berliner Luftbrücke oder die vertrauensvolle deutsch-amerikanische Zusammenarbeit während der deutschen Wie-

dervereinigung sind jedenfalls keine Grundlage für die sicherheitspolitische Kooperation zwischen Amerika und Europa im 21. Jahrhundert.

Ein echter „aufgeklärter Atlantizismus“ in der Sicherheitspolitik benötigt weder das Schwelgen in Kalter-Kriegs-Nostalgie noch die trotzig Forderung nach einem sicherheitspolitischen Gegenmodell zu den USA. Aufgeklärter Atlantizismus heißt vielmehr, die Realitäten, die die transatlantische Zusammenarbeit absehbar künftig prägen werden, nüchtern und schonungslos anzuerkennen. Konkret: Die militärische Kooperationsfähigkeit mit Amerika muss für Europa weiterhin an oberster Stelle stehen, auch wenn der mächtige Cousin jenseits des Atlantiks seinen europäischen Familienmitgliedern immer wieder Rätsel aufgeben wird.

*Michael Rühle ist Leiter des Referats Energiesicherheit in der Abteilung für Neue Sicherheits Herausforderungen der NATO. Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.*